

Was wird uns die Zukunft bringen? Wir wurden ohne jegliche Entschädigung von unserem Land vertrieben. Wir wollen nicht, daß diese Abbaufirmen hierher kommen, unser Land vergiften und unsere Lebensweise zerstören“, erklärte Azara Jalawi, Vize-Präsidentin der Koordination für die Zivilgesellschaft in Arlit, Niger.

„Mein Volk muß mit Uranabbau und Atomwaffentests in unserem eigenen Territorium leben. Wir spüren die zerstörerischen Folgen der Radioaktivität am eigenen Leib, und wir beobachten, wie unser Land langfristige Schäden davonträgt. Zusammen mit unseren indigenen Freunden und Unterstützern aus der ganzen Welt sagen wir Nein zu Uran und Radioaktivität. Laßt es in der Erde!“, forderte Rebecca Bear-Wingfield, stellvertretende Vorsitzende der Australian Nuclear Free Alliance (ANFA), und Mitglied des Ältestenrats der Arabunna, Kokatha und Kupa Pita Kungka Tjuta, Australien.

VertreterInnen indigener Völker haben sich vom 26. bis 29. August 2010 auf dem Weltkongress der Internationalen Ärztevereinigung zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) in Basel getroffen, um Erfahrungen auszutauschen und ein Netzwerk für ihren gemeinsamen Kampf gegen den Uranabbau aufzubauen. Die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Organisation IPPNW erfuhr aus erster Hand von Betroffenen des Uranabbaus weltweit, welche Zerstörung allein der Anfang der nuklearen Kette anrichtet. Über Geschichte und gegenwärtige Probleme des Uranbergbaus in Sachsen und Thüringen berichtete Michael Beletes, der durch seine Samisdat-Schrift „Pechblende“ bekannt wurde. Dr. Sebastian Pflugbeil (Gesellschaft für Strahlenschutz) gab einen Überblick über die Auswirkungen des Uranbergbaus auf die menschliche Gesundheit. ●

Erklärung der indigenen Delegierten des Vorkongresses „Sacred Land, Poisoned Peoples“ an den 19. Weltkongress der IPPNW

In der heutigen Zeit, in der die Zerstörung von Mutter Erde und der Gesundheit der Menschen durch die Erschließung nuklearer Ressourcen immer weiter zunimmt, haben sich Repräsentanten indigener Völker auf dem Vorkongress „Sacred Lands, Poisoned People“ getroffen und sich über ihren Widerstand gegen Uranabbau ausgetauscht. Von Kanada und den USA bis Niger, Mali, Namibia, Tansania und Malawi, von Russland und Deutschland, über Australien bis Brasilien und Indien – Völker aus der ganzen Welt, die sich mit den Folgen dieser tödlichen Industrie konfrontiert sehen, haben sich hier zusammengefunden.

Vergangene, gegenwärtige und zukünftige Generationen indigener Völker sind überdurchschnittlich betroffen von Uranabbau, Atomwaffen und der Atomindustrie. Die nukleare Produktionskette führt zu einer radioaktiven Verseuchung der Menschen, des Landes, der Luft und des Wassers. Sie bedroht unsere Existenz und die zukünftiger Generationen. Uranabbau, die Weiterentwicklung von Atomenergie und internationale Abkommen, die die nukleare Produktionskette fördern, verletzen Menschenrechte und das Recht von Mutter Erde auf eine unversehrte Natur. Sie gefährden unser Überleben und unser Recht auf eine eigene Spiritualität, die ohne eine intakte Umwelt nicht gelebt werden kann.

Die gefährlichen gesundheitlichen Auswirkungen radioaktiver Strahlung beginnen mit dem Abbau von Uran. Wir bekräftigen hiermit die Erklärung des World Uranium Hearing in Salzburg, 1992, dass Uran und seine radioaktiven Zerfallsprodukte in der Erde verbleiben müssen. Und wir erklären unsere Solidarität mit all jenen, die für ein Ende des Uranabbaus und seiner Weiterverarbeitung sowie gegen den unverantwortlichen Umgang mit radioaktivem Abfall, Atomenergie und Atomwaffen eintreten.

Wir setzen uns voll und ganz ein für eine atomfreie Zukunft für alle Völker.



PRECONFERENCE OF THE IPPNW-WORLD CONGRESS
26 AUGUST 2010, UNIVERSITY OF BASEL
SACRED LAND, POISONED PEOPLES
URANIUM MINING, HEALTH AND INDIGENOUS PEOPLES

Uranbergbau

Deutschland verschleiert die Herkunft des Urans

IPPNW: Grobe Menschenrechtsverletzungen und massive Umweltzerstörungen in den Abbauländern

Die deutsche Bundesregierung und die EURATOM Supply Agency verschleiern die Herkunft des Urans, das für den Betrieb deutscher Atomkraftwerke genutzt wird. Zu diesem Ergebnis kommt die Internationale Ärzteorganisation zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) nach einer systematischen Auswertung der Quellen der europäischen Atombehörde EURATOM sowie von Antworten der deutschen Bundesregierung

auf parlamentarische Anfragen. Zwar lassen sich anhand des Datenmaterials die Lieferländer nachvollziehen, nicht aber die Ursprungsländer. „Wir fordern die Bundesregierung daher auf, Informationen über Einfuhr, Herkunftsländer, Ausfuhr und Empfangsländer von Uran endlich offen zu legen“, erklärt die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen.

Im Jahr 2009 wurde nach An-

gaben von eurostat 45 Prozent des Urans aus Frankreich bezogen, 41 Prozent aus Großbritannien, 11 Prozent aus den USA und 3 Prozent aus Kanada. Frankreich und Großbritannien verfügen jedoch über keine eigenen Uranvorräte. Während Großbritannien die Herkunft des Urans geheim hält, importiert Frankreich einen großen Anteil seines Natururans aus dem Niger, wo grobe Menschenrechtsverletzungen und massive Umweltzerstörung stattfinden. Im Niger gibt es zum Beispiel seit mehr als 30 Jahren Bergbau keinen einzigen anerkannten Fall von berufsbedingter Krankheit. Die beiden Krankenhäuser in den Uranabbaustädten Arlit und Akokan sind im Besitz der Uranfirma Areva, an der auch

Siemens beteiligt ist, und beschäftigen keine Arbeitsmediziner. Nur Arbeitsmediziner können jedoch eine Berufskrankheit feststellen. Nach Informationen der französischen Menschenrechtsorganisation „Association Sherpa“ diagnostizierten die Ärzte bei Krebskranken fast durchweg AIDS. Einen Zusammenhang mit dem Uranbergbau leugneten die Ärzte. Die IPPNW fordert daher unabhängige medizinische Studien.

Die Behauptung der deutschen Bundesregierung, Uran werde derzeit überwiegend aus

politisch stabilen Ländern importiert, ist falsch. In ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Die Linken nennt die Bundesregierung für das Jahr 2006 folgende Ursprungsländer: Kanada (28 Prozent), Rußland (21 Prozent), Südafrika (10 Prozent), Australien (10 Prozent), Tschechische Republik (6 Prozent), USA (5 Prozent) und Usbekistan (4 Prozent). Die Arbeitsgruppe Energierohstoffe des Bundeswirtschaftsministeriums gab am 29. März 2006 folgende Zahlen für das Jahr 2004 an: Kanada (28 Prozent), Australien (23,1 Prozent), Kasach-

stan (9,1 Prozent), Niger (8,1 Prozent) und Rußland (7,9 Prozent). Zu den fehlenden 23,8 Prozent wurden erst gar keine Angaben gemacht.

Auch in den sogenannten politisch stabilen Ländern zeigt sich die schmutzige Seite der Atomenergie. In den USA haben die Navajo-Indianer in Colorado das „Komitee für die Opfer der Uranstrahlung“ gegründet und in zähen Gerichtsverfahren Wiedergutmachung für die Opfer erkämpft. Viele Betroffene haben Leukämie, Haut- und Lungenkrebs. In Australien gab es

seit 1981 etwa 150 Dammrisse und Überschwemmungen bei den Uranabbauhalden. Nach offiziellen Angaben sickern täglich rund 100.000 Liter kontaminiertes Wasser aus der Ranger Mine im Northern Territory ins Umland.

Benjamin Paaßen, Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW): „Die Versorgung Deutschlands mit Uran“, Berlin 21.07.2010, www.ippnw.de/com-monFiles/pdfs/Atomenergie/uran_deutschland_2009.pdf ●

Atommüll

Bergleute für Gorleben gesucht

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg fragt das Bundesamt für Strahlenschutz: „Was soll in Gorleben ‚zügig‘ bewegt werden? Salz oder Papier?“

Reviersteiger, Bohrtechniker, Bergmechaniker, Fördermaschinenisten... – die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt, „spätestens zum 10.10.2010, zunächst befristet“ neues Personal. Zum Beispiel Reviersteiger für den Grubenbetrieb. Wer sich die Stellenausschreibungstexte unter www.dbe.de anschaut, wird hellhörig: die Reviersteiger Grubenbetrieb werden für die Unterhaltung vorhandener und für das Auffahren „neuer Grubenbaue“ eingestellt. Zur gewünschten Qualifikation gehören „Erfahrung im Bergbau, insbesondere im Streckenvortrieb und in der Unterhaltung von Grubenräumen mit im Kali- und Steinsalzbergbau eingesetzten Großgeräten und Techniken. Erfahrungen bei der Durchführung von Sprengarbeiten und der Besitz einer Sprengberechtigung sind wünschenswert“, heißt es in der Ausschreibung.

Für die Bundesregierung ist das Ziel in Gorleben klar: Ab 1. Oktober 2010 soll die sogenannte untertägige Erkundung „zügig“ wieder aufgenommen werden. Der Antrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), mit dem das Gorleben-Moratorium aufgehoben werden soll, ist bemerkenswert kurz. Auf zwei Seiten wird gefordert, den veralteten Rahmenbetriebsplan aus dem Jahre 1983 fortzuschreiben. Zugleich wird über einen eingereichten Hauptbetriebsplan entschieden, mit dem die weitere untertägige „Erkundung“ und damit Baumaßnahmen ermöglicht werden. Selbst wenn ab dem 1. Oktober 2010 in Gorleben nicht gleich die Baumaschinen anrollen und der Weiterbau nur zögerlich vonstatten gehe, ist damit klar, allein Gorleben soll als nukleares Endlager ausgebaut werden, scheinbarweise, unter dem Etikett „Erkundung“. Wird der Antrag des Bundesamtes für

Strahlenschutz (BfS) beim Niedersächsischen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) positiv beschieden, wollen die Gorleben-Gegner die wachsende politische Unruhe auf die Straße tragen. „Gorleben gehört auf den Misthaufen der Nukleargeschichte“, heißt es seitens der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) trotzig. Zwar hatte das Bundesumweltministerium (BMU) kürzlich eingeräumt, daß in Gorleben zunächst weniger Salz als Papier bewegt würde: zunächst sollten „Restarbeiten“ im Erkundungsbereich 1 zu Ende geführt werden, um eine vorläufige Sicherheitsanalyse zu fertigen. Dieser Mitteilung begegnen die Gorleben-Gegner mit Argwohn. BfS-Sprecher Florian Emrich präzisiert gegenüber der BI: „Auf der so-

genannten nördlichen Richtstrecke im Erkundungsbereich 1 sind weitere Bohrungen erforderlich. Außerdem wird dort vermutlich ein größerer Querschnitt hergestellt werden, der in den meisten Bereichen des Erkundungsbereichs 1 schon vorhanden ist.“ Angedacht sei auch, daß „von den auf der 840 m-Sohle gelegenen Stollen in einem späteren Schritt weitere Bohrungen in tiefere Schichten vorgenommen werden.“ Emrich räumte ein, daß im beantragten Hauptbetriebsplan, der bis zum 30.09.2012 befristet ist, sehr wohl auch erste Arbeiten für den angrenzenden Erkundungsbereich 3 beantragt sind. Im Unterschied zu den Maßnahmen im ersten Erkundungsbereich bestünden für den Erkundungsbereich 3 aber noch keine konkreten Planungen. **Wolfgang Ehmke ●**

Atommüll

Die Brennstäbe der „Otto Hahn“ sind jetzt in Frankreich

Atommüll-Transporte verlaufen ungesichert

Erst im zweiten Anlauf konnten die alten Brennstäbe des Atomfrachters „Otto Hahn“ ins Kernforschungszentrum

Cadarache in Südfrankreich transportiert werden. Bei einem ersten Transportversuch am 9. Juli 2010 erwies sich